



# Berlin Brief Nr. 323

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic MdB

14. Oktober 2022

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

wir tun alles dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und alle gut durch den Winter kommen. Mit drei Entlastungspaketen in Höhe von 100 Milliarden Euro haben wir einen ersten Schritt gemacht. Nun sorgen wir dafür, dass das Geld schnell und zielgenau bei

den Menschen ankommt. Parallel spannen wir einen Abwehrschirm gegen die Folgen des Krieges auf. Insgesamt 200 Milliarden Euro stellen wir dafür bereit. In dieser Woche haben wir das für die Finanzierung notwendige Gesetz auf den Weg gebracht. Mit dem Geld wollen wir unter anderem eine Gaspreisbremse sowie eine Einmalzahlung für Haushalte und wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen finanzieren. Damit entlasten wir viele Haushalte sowie Unternehmen und setzen zugleich auch Anreize zum Energiesparen. Die von der Bundesregierung eingerichtete Experten-Kommission Gas und Wärme hat dazu am Montag Empfehlungen vorgelegt, die nun von der Bundesregierung geprüft und dann in die parlamentarischen Beratungen gebracht werden.

Außerdem haben wir in dieser Woche zwei große sozialpolitische Reformen auf der Agenda gehabt. Mit dem Bürgergeld erneuern wir das Schutzversprechen unseres Sozialstaats. Wer den Job verliert, muss sich keine Sorgen machen, auch die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren. Denn in den ersten zwei Jahren werden weder Wohnung noch Vermögen angetastet. Auch die Regelsätze werden deutlich erhöht und künftig früher an die Inflation angepasst. So wird der Sozialstaat zu einem verlässlichen Partner für alle, die ihn brauchen. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen durch umfassende Betreuung langfristig in Arbeit zu bringen. Die Basis hierfür ist gegenseitiges Vertrauen und Kooperation. Der Vermittlungsvorrang, also die Vermittlung in Jobs – mitunter auch Hilfstätigkeiten –, wird abgeschafft, um insbesondere Geringqualifizierte auf dem Weg zu einer Berufsausbildung zu unterstützen oder zielgerichtete Weiterbildung zu ermöglichen. Hierfür ist auch ein monatliches Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro vorgesehen. Wenn Leistungsberechtigte an einer Maßnahme teilnehmen, die für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt besonders wichtig sind, erhalten sie einen Bürgergeld-Bonus von 75 Euro.

Die andere große Reform kommt beim Wohngeld. Für Geringverdienende, Alleinerziehende, Familien und Rentner\*innen wird es immer schwieriger, die hohen Mietkosten zu bezahlen. In dieser Woche haben wir deshalb die Reform des Wohngeldes beraten – die größte und weitreichendste seit 1965. Wir werden den Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich ausweiten. Künftig erhalten statt 600.000 Haushalte zwei Millionen Haushalte Wohngeld, also drei Mal so viele wie bisher. Und ab 01. Januar verdoppelt sich das Wohngeld auf durchschnittlich 370 Euro pro Monat. Außerdem werden künftig auch die Heizkosten bezuschusst, und eine Klimakomponente sorgt dafür, dass Kosten von Modernisierungsmaßnahmen übernommen werden.

Gestern habe ich für meine Fraktion im Plenum zu einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion gesprochen, mit dem mal wieder Stimmung gegen Geflüchtete gemacht werden sollte. In dem Antrag der CDU/CSU gibt es einen richtigen Satz: „Deutschland muss seinen humanitären Verpflichtungen gerecht werden.“ Ansonsten ist dieser Antrag sehr konfus, da Fragen der Migrationspolitik mit Asylrechtsfragen vermischt werden. Aber Migrationspolitik ist mehr als nur Asylrecht. Bei Migrationspolitik geht es in erster Linie um Integration, in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.

Deswegen werden wir, wie im Koalitionsvertrag gefordert, Deutschland zu einem modernen Einwanderungsland machen. Dies befördert die reguläre Migration, die automatisch die irreguläre reduziert. Denn Fakt ist: Angesichts der fehlenden 400.000 Beschäftigten in Deutschland brauchen wir die Migration, die es im Europäischen Raum nicht mehr gibt. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Maßnahmen der Bundesregierung, wie z.B. das Chancen-Aufenthaltsrecht. Dieses bietet auch den jungen Menschen, die zu uns flüchteten, sich hier integrieren und sich zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen sowie sich beruflich einbringen, die Möglichkeit hier bleiben zu können, statt in der Ungewissheit der Duldungen zu verharren. Mit anderen Worten: wer die reguläre Migration stärken und die irreguläre Migration reduzieren will, dem helfen keine zusätzlichen Schranken. Vielmehr müssen wir als Demokraten einen rechtlichen Rahmen auf der Grundlage von mehr Menschlichkeit statt reiner Bürokratie schaffen. Dies verlangen von uns Millionen von Mitbürger\*innen, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz helfen, das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft zu wahren.

Ihr/Euer



---

## Termine

**15**  
**OKTOBER**

**ver.di Bezirkskonferenz**  
*Heilbronn-Böckingen*

**17 – 21**  
**OKTOBER**

**Sitzungswoche des Deutschen Bundestags**  
*Berlin*

---

## Bild der Woche



**"Am Montag und Dienstag war ich in Straßburg zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PVER)."**

**Hier finden Sie die Plenarrede von Josip Juratovic MdB vom 13. Oktober 2022 zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden“**

**HIER als Video**

**([www.youtube.com/watch?v=yobzX02Sd4I](https://www.youtube.com/watch?v=yobzX02Sd4I))**



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
Tel.: 07131 / 598 72 27  
[josip.juratovic.wk@bundestag.de](mailto:josip.juratovic.wk@bundestag.de)

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)